

Widerstand gebündelt

Bürger nehmen die Hubertus-Schützen unter Beschuss

Fürstenried / Forstenrieder Park - »Müssen wir uns gefallen lassen, dass eine kleine Gruppe von Sportschützen die Bürgerrechte ganzer Ortschaften aushebelt?« fragte Dieter Schöne im vollen Bürgersaal Fürstenried Ost und gab selbst die Antwort: Nein!

Die Bürger, die wie er den von den Hubertus-Schützen geplanten Ausbau der Schießanlage in Unterdill verhindern wollen, haben ihren Widerstand gebündelt und die »Bürgerinitiative gegen die Umgestaltung der Schießanlage Hubertus im Forstenrieder Park« gegründet. Heinz Kuhnert wurde zum Sprecher der BI gewählt. Er erklärte, man wolle ein »fraktionsübergreifende Allianz der Vernünftigen« bilden und die Interessen der Bürger verteidigen. Er kündigte neben dem Weiterlaufen der derzeitigen Unterschriftensammlung eine Demonstration vor der Bundestagswahl

sowie die Gründung eines Vereins an. Die Bürger entsetzt nicht nur der geplante riesige Wall, der um die Schießanlage gebaut werden soll, sondern auch die von den Schützen beantragte, als völlig unzumutbar empfundene massive Ausweitung der Schießzeiten und die Änderung der Schussrichtung. »Das Ge-

NEIN zum TOTALEN BALLERMANN!

schoss einer Flinte, die etwas zu hoch gehalten wird, landet direkt in unseren Gärten«, warnte Dieter Schöne vor Unfällen.

Etwas Hoffnung konnte Jürgen Gerhards (BA 19) den Bürgern machen: Er berichtete von den Gesprächen mit den Schützen, die am 14. Juli geführt wurden: Angesichts des Drucks aus der Bürgerschaft haben die Schützen angekündigt, ihre Ausbaupläne nicht



»Wir haben nichts gegen Jäger und Schützen - aber gegen die Ausbaupläne der Schießanlage!« Der Sprecher der neuen Bürgerinitiative, Heinz Kuhnert (Dritter von rechts), mit seinen Mitstreitern. Info zur BI: www.contra-schiessanlage.de. Foto: job

über das einfache Bundes-Immissionsschutzgesetz-Verfahren fortzuführen, sondern einen Bauantrag einzureichen, der - die von den Schützen bislang vermiedene - Beteiligung der Öffentlichkeit vorsieht. MdL Ludwig Wörner hat bei

der Staatsregierung angefragt, wie sie zum Ausbauprojekt steht. Die Staatsregierung könne den Ausbau ganz einfach verhindern, erklärte er, indem die Staatsforsten den Schützen das Areal für den Ausbau nicht zur Verfügung stellen. job